

Medienvielfalt bedeutet nicht Meinungsvielfalt

Der Verband Freier Radios Österreich (VFRÖ) und der Verband Community-Fernsehen Österreich (VFCÖ) haben Anfang November ihre medienpolitischen Forderungen an die neue Bundesregierung präsentiert. Gefordert wird nicht nur die Verdoppelung der Bundes-Förderung im Rahmen des Nichtkommerziellen Rundfunkfonds, sondern auch die gemeinsame Erarbeitung rechtlicher, regulatorischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für einen Vollausbau des nichtkommerziellen Sektors in Österreich.

Im Kontext von sich plötzlich auftuenden Budgetlöchern stellt sich natürlich die Frage nach der Legitimation solcher Forderungen. Demokratietheoretisch gesehen kommt Demokratie nicht ohne Pluralismus aus. Dies bestätigt auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Im Zentrum steht hierbei Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der jeder Person das Recht auf freie Meinungsäußerung einräumt. Weiters lautet es hier im Absatz 2: "Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben." Ein Verstoß gegen Artikel 10 der EMRK war Ende der 90er Jahre auch der Grund, warum der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Republik Österreich verurteilte, infolgedessen das staatliche Rundfunkmonopol fiel und 1998 die ersten Privatradios auf Sendung gehen konnten. Meiner Meinung nach fordert diese Konvention die Staaten allerdings nicht nur dazu auf MEDIENvielfalt zu gewährleisten, sondern auch MEINUNGsvielfalt zu garantieren und zu fördern. Die Politik muss somit nicht nur die Möglichkeit der Verbreitung ohne behördliche Eingriffe sichern, sondern auch Plattformen, die freie Meinungsäußerung für alle sicherstellen, rechtlich anerkennen und finanziell fördern.

Die Förderung von Meinungsvielfalt wird allzu oft mit der Förderung von Medienvielfalt gleichgesetzt. In Österreich gibt es zurzeit 17 Tageszeitungen, 8 überregionale Wochenzeitungen, etliche Monatszeitungen und -magazine etc. Das Österreichische Mediensystem steht somit nicht vor dem Problem einer zu geringen Vielfalt an Medien. Betrachtet man die Vielfalt an Meinungen, Themen, Perspektiven und auch Sprecher_innen, ergibt sich allerdings ein gänzlich anderes Bild. Eine Medienvielzahl kann unter Umständen eine Medienvielfalt gewährleisten, auf keinen Fall allerdings Meinungsvielfalt garantieren. Betrachtet man die österreichische Medienlandschaft, so erkennt man sehr schnell, dass der Zugang zu einer breiteren Öffentlichkeit nur wenigen zur Verfügung steht. Allzu oft dienen Medien nur als Sprachrohr für Parteien und deren Pressesprecher_innen oder verfolgen selbst bestimmte politische Ziele. Die Thematisierung und Deutungshoheit in der medialen Öffentlichkeit wird somit einer kleinen Gruppe eingeräumt. Neben diesem begrenzten Zugang ist es ebenso oft die kommerzielle Logik, die über redaktionelle Entscheidungskriterien gestellt wird oder Abhängigkeitsverhältnisse generiert, die Meinungsvielfalt behindert.

Freie Radios fungieren ebenso wie Community-Fernsehen als Komplementärmedien im österreichischen Mediensystem. Sie bieten eben diese geforderten Plattformen zur freien Meinungsäußerung und -verbreitung. Sind dabei noch kostengünstig, partizipativ, regional, unabhängig, kultur- und

kunsthördernd, transparent, frei von Beeinflussung durch Werbung und verfolgen den selbstauferlegten Anspruch, "eine selbstbestimmte, solidarische und emanzipatorische Gesellschaft" (siehe Charta der Freien Radios) zu fördern. In den Mainstream-Medien marginalisierte Menschen, Gruppen, Themen und Meinungen können über Freie Radios eine breitere Öffentlichkeit erreichen, einen gesellschaftlichen Diskurs anregen und Informationsfreiheit gewährleisten. Die für mich zentralen Charakteristika Freier Radios sind die Bereitstellung eines Offenen Zugangs ebenso wie das Bekenntnis zur Nichtkommerzialität. In diesen Grundwerten liegt die demokratiepolitische Bedeutung Freier Radios, denn sie machen Freie Radios frei – frei für alle.

Freie Radios und Community-Fernsehen sind in den nächsten Jahren gefordert, sich auf ihre Grundwerte zu konzentrieren und diese abzusichern, wohingegen die Politik bezüglich Meinungsvielfalt eine Gewährleistungsverantwortung hat, der sie auch in finanzieller Hinsicht gerecht werden muss. In demokratischen Systemen hat der Staat die Aufgabe, einen öffentlichen Kommunikationsraum zu sichern - die Möglichkeiten bereitzustellen, die eine demokratische Öffentlichkeit braucht, um wiederum ihren Aufgaben gerecht werden und die Machtverhältnisse immer wieder kritisch hinterfragen zu können.

Investitionen in den nichtkommerziellen Mediensektor stellen somit Investitionen in Meinungsvielfalt dar und diese Investitionen muss sich eine Demokratie leisten!

Juliane Nagiller

erschieden in FREIRAD-Programmzeitung, 1. Quartal 2014